



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 13
31.03.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 33 %, SPD bei 33 % bzw. 32 %
----------------	--

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Lage in der Türkei wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Wichtigstes Thema:	Politische Situation in der Türkei
--------------------	------------------------------------

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ
CDU/CSU	34 (-)	33 (-)	34,0 (+1,0)
SPD	32 (+1)	33 (-)	33,0 (+2,5)
FDP	6 (-)	6 (+1)	6,5 (-0,5)
DIE LINKE	8 (+1)	8 (-)	8,0 (-)
B'90/Grüne	7 (-)	7 (-1)	7,5 (-0,5)
AfD	7 (-2)	8 (-1)	7,0 (-1,5)
Sonstige	6 (-)	5 (+1)	4,0 (-1,0)
Erhebungszeitraum	20.-24.03.	23.-29.03.	06.-19.03.

Die Union liegt bei forsa 2 (-1) Prozentpunkte und bei IfD Allensbach 1 (-1,5) Prozentpunkt vor der SPD. Bei Emnid liegen Union und SPD gleichauf.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	41 (-)
Schulz	34 (+1)
keinen von beiden	25 (-1)
Erhebungszeitraum	20.-24.03.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 7 (-1) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

87 % (-) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 5 % (+1) Schulz. Von den CSU-Anhängern würden sich 80 % (+1) für Merkel und 11 % (+2) für Schulz entscheiden.

78 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Schulz und 12 % (-3) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (02.04.2017)

² im Vergleich zur KW 8

Problemlösungskompetenz

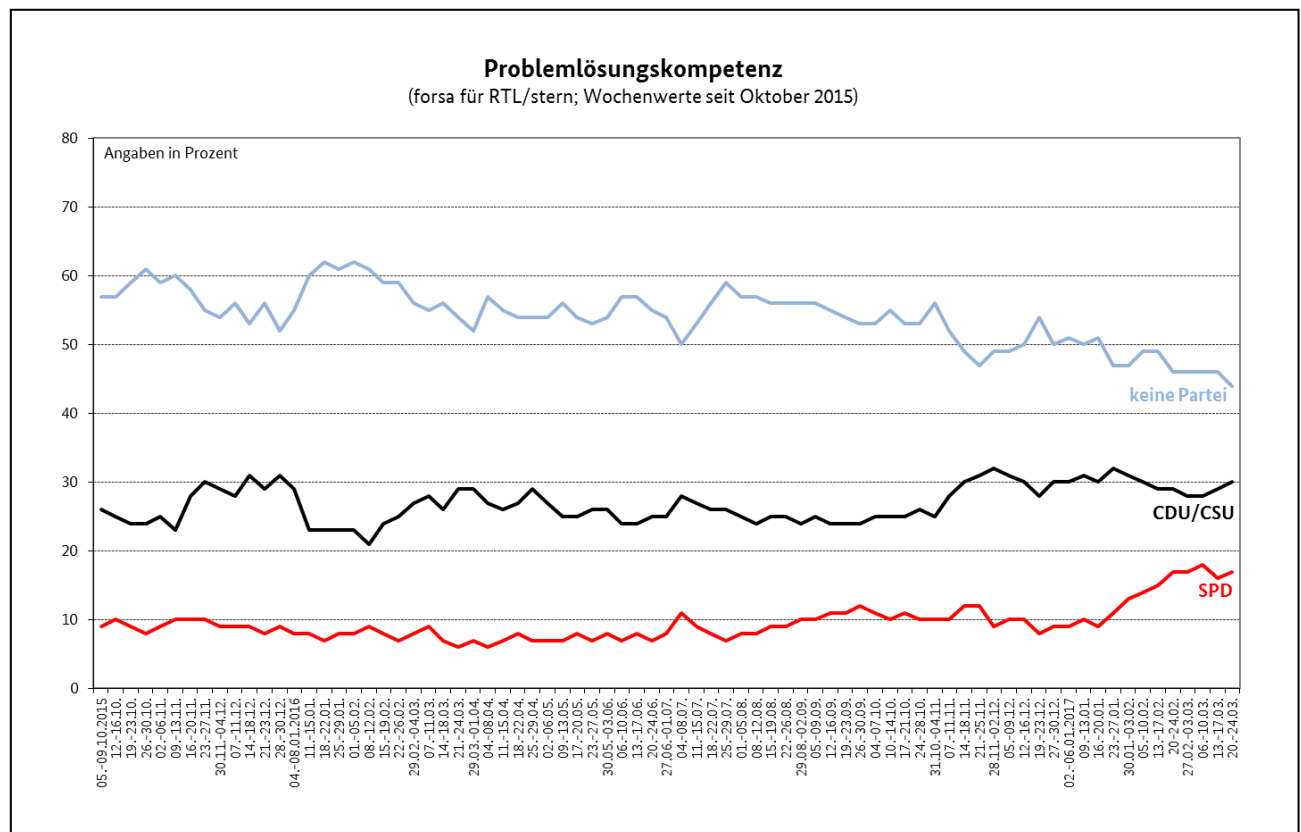
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	30 (+1)	
SPD	17 (+1)	
sonstige Parteien	9 (-)	
keine Partei	44 (-2)	
Erhebungszeitraum	20.-24.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 13 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

44 % (-2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

70 % (-2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 50 % (+2) von ihrer Partei.



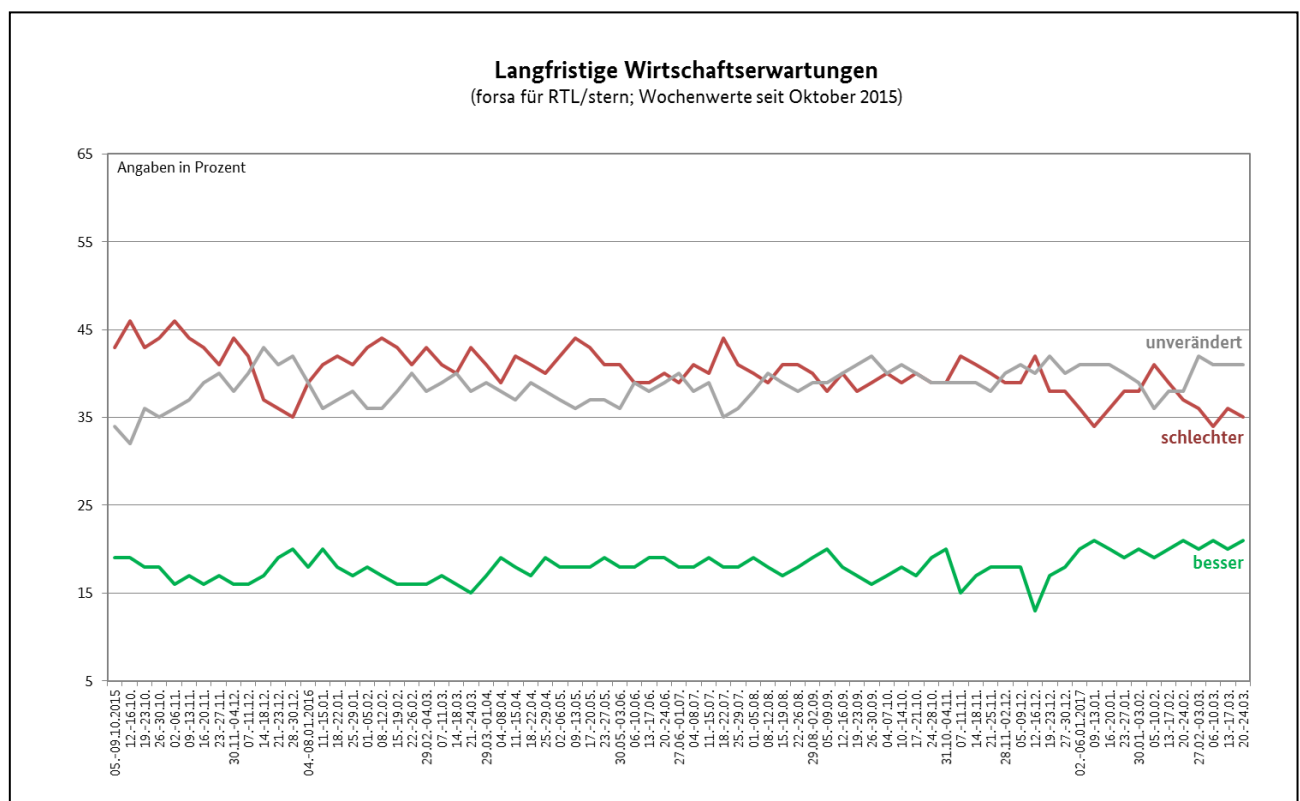
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	21	(+1)
schlechter	35	(-1)
unverändert	41	(-)
Erhebungszeitraum	20.-24.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 14 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-)
große	51	(+1)
wenig	28	(-2)
keine	9	(+1)
Erhebungszeitraum	20.-24.03.	

Geringverdiener (69 %) sowie Anhänger der Linkspartei (73 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (70 % zu 55 %).

Unter 30-Jährige (46 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA
Türkei	25 (+15)
USA	18 (-3)
Syrien	12 (-2)
Krieg/Terrorismus allgemein	11 (+4)
Asylbewerber, Flüchtlinge	9 (-4)
Naher Osten, arabische Länder	8 (-1)
Islamischer Staat (IS)	7 (-)
Russland	6 (-)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	4 (-)
Erhebungszeitraum	20.-24.03.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in der Türkei die größte Gefahr für Deutschland.

45- bis 59-Jährige (30 %) nennen die Lage in der Türkei überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Anhänger der Grünen (20 %) nennen die Situation in den USA als größte Gefahrenquelle für Deutschland, überdurchschnittlich oft aber auch die Lage in Syrien (19 %).

Anhänger der AfD (19 %) nennen am häufigsten die Flüchtlingssituation als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	33	(-3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9	(+1)
Deutschland tut bereits genug	55	(+2)
Erhebungszeitraum	20.-24.03.	

Anhänger der Grünen (54 %), der Linkspartei und Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 38 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (27 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit mittlerer formaler Bildung (62 %) sowie Anhänger der SPD und der FDP (jew. 61 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut. Frauen sind häufiger dieser Meinung als Männer (60 % zu 50 %).

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	36	(-4)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	13	(-2)
verhält sich alles in allem genau richtig	48	(+7)
Erhebungszeitraum	20.-24.03.	

Ostdeutsche (47 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung (45 %) sowie Anhänger der AfD (72 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (32 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Grünen (64 %), der Union (58 %) und der FDP (54 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig. Über 60-Jährige sind dieser Meinung häufiger als unter 30-Jährige (54 % zu 42 %) und Personen mit formal höherer Bildung häufiger als Personen mit formal einfacherer Bildung (53 % zu 43 %).

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Politische Situation in der Türkei (Inhaftierung von Yücel, Pressefreiheit, Erdogan-Wahlkampf)	29 (-13)
US-Präsidentschaft Donald Trump	18 (-7)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	12 (+3)
Landtagswahl Saarland, Wahlkampf	11 (neu)
EU-Austritt Großbritanniens	9 (+7)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (+3)
Kanzlerkandidatur SPD	4 (-2)
Erhebungszeitraum	28.-29.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der politischen Situation in der Türkei. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der SPD (36 %) und 50- bis 64-Jährige (35 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Ostdeutsche (22 %) und Anhänger der Linkspartei (24 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Gutverdiener und Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 23 %) und Anhänger der SPD (25 %) nennen die US-Präsidentschaft Trumps überdurchschnittlich häufig.

Die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik wird von Personen mit einfacher formaler Bildung (17 %) und Anhängern der AfD (26 %) überdurchschnittlich häufig genannt.

